

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 5

Artikel: Neun Thesen zur Technologiepolitik
Autor: Weber, Karl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340483>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

rellen Opposition durch unseren Integrationskurs grösstenteils verloren haben und im Zeichen neuer gesellschaftlicher Polarisierung in die Defensive geraten. Es geht darum, zu einer kraftvollen Doppelstrategie zurückzufinden: Die gleichzeitige Mitarbeit in (traditionellen) Institutionen und in (neuen) sozialen Bewegungen schliesst sich dabei nicht aus, sondern stellt die einzig mögliche Chance dar im Kampf um politische, soziale und kulturelle Hegemonie. Wir müssen «auf zwei Beinen gehen», um wieder mehr Einfluss und Durchsetzungsmacht zu gewinnen.

4. Ein breiteres Verständnis des «Politischen» über das staatliche Geschehen hinaus ist in der gegenwärtigen Umbruchphase dringend nötig. Da unser gesellschaftlicher Einfluss (auf Investitionsentscheide, Wissenschaft, Medien usw.) aber gering ist, bleibt der Staat – die Politik im engeren Sinne – ein zentrales Instrument unserer Strategie. Man darf dabei allerdings zwei Dinge nicht vergessen: Eine erfolgreiche staatliche Strategie erfordert Mehrheiten; Kompromissbereitschaft bei der Suche nach Partnern und in den Aushandlungsprozessen mit politischen Gegnern bildet also eine Voraussetzung. Und nicht jede Ausdehnung der Staatsquote und der Staatsfunktionen dient auch immer unseren Interessen; wir müssen dem Staat gegenüber kritisch bleiben, denn er ist auch (aber nicht nur) ein Instrument der herrschenden Klasse.

5. Gerade gegenüber dem quantitativen Ausbau von Staatsquote und Staatsfunktionen ist eine gesunde Skepsis durchaus am Platz. Dieser Ausbau stösst immer mehr an Grenzen (Steuerbelastung, Überreglementierung, Bürokratisierung, Bevormundung und Entfremdung des Bürgers und der Bürgerin), und er hat auch nicht das gebracht, was wir von ihm erhofften: Die we-

sentlichen Entscheidungen über die gesellschaftliche Entwicklung werden immer noch zu einem grossen Teil ausserhalb des politischen Systems getroffen. Der Staat hinkt den wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen hinterher und ist zur teuren Reparaturrequie des Modernisierungs-, Kommerzialisierungs- und Kapitalisierungsprozesses geworden, deren Regelung oft schon überholt sind, ehe sie in Kraft treten. Mehr oder weniger Staat ist nicht die relevante Frage. Was wir brauchen, ist eine bessere Politik.

6. Die wirtschaftlichen und technologischen Umwälzungen mit ihren ökologischen und sozialen Folgen haben zu Entsorgungsproblemen geführt, die uns als Sachzwänge entgegentreten, die politischen Gestaltungsmöglichkeiten auf ein reaktives Krisenmanagement einzuschränken und den Staat zu überfordern drohen. Was not tut, ist eine strategische Umorientierung der staatlichen Politik: Wir müssen versuchen, durch vernünftige Rahmenbedingungen, Gebote und Verbote falsche Entwicklungen zu verhindern, statt nachträglich aufwendige Reparaturarbeiten vorzunehmen. Eine zentrale Rolle kommt dabei dem Verursacherprinzip zu: Wo immer möglich und sozial vertretbar, sollten die

bisher externen Kosten, die der Allgemeinheit, der Natur und den künftigen Generationen überbürdet worden sind, durch das Setzen politischer Preise in die Marktprozesse internalisiert werden. Dann kann mehr Markt auch wirklich mehr Freiheit für alle bedeuten; dann wäre weniger Staat verantwortbar.

7. Wir brauchen einen flexiblen, effizienten und wirkungsvollen Staat, der eine politische Steuerung der gesellschaftlichen Entwicklung ermöglicht, ohne die individuelle Freiheit durch Überreglementierung zu ersticken. Der Staat ist zwar ein wichtiges, aber doch nur ein Ordnungssystem neben anderen (Markt, soziale Aushandlungssysteme, Selbstverwaltung usw.), mit denen er zusammenarbeiten muss. In einer komplexen, widersprüchlichen Welt braucht es eine mehrdimensionale Strategie. Wir müssen wieder lernen, unseren politischen Einfluss innerhalb und ausserhalb des Staates zur Geltung zu bringen.

Das kann zeitweise zu Widersprüchen und Flügelkämpfen führen, die es produktiv zu nutzen gilt. Der Kampf um politische Hegemonie muss auf allen Ebenen der Gesellschaft geführt werden; er erfordert Ausdauer, Geschick und Innovation auch (aber nicht nur) im staatlichen Bereich.

Neun Thesen zur Technologiepolitik

Von Karl Weber

1. Die Technologien wirken sich aus auf

- die Sozialstruktur (Ablösung der Klassengesellschaft durch eine Schichtung gemäss Zugänglichkeit zu Informationen)

- den Arbeitsmarkt (z.B. Dequalifizierung)
- das Potential sozialer Risiken
- Inhalt und Organisation des Bildungswesens.

2. Heute gilt: wer die technologische Entwicklung steuern kann, hat die Macht in der Gesellschaft überhaupt. Diese These beruht auf der Einsicht, dass

- mit dem technologischen Fortschritt das Gefahrenpotential gesteigert wurde,
- der technologische Fortschritt Abhängigkeiten erzeugt auf Dauer und Generationen hinweg.

3. Der technologische Fortschritt steht in einem wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zusammenhang. Steuerungsansprüche werfen immer die Machtfrage auf. Mit unterschiedlichen Machtpotentialen sind an diesem Prozess beteiligt: Technikentwickler, Technik Anwender, Technikförderer und Technikbetroffene.

4. Inhaltliche Bezugspunkte einer gesellschaftspolitisch verantwortbaren Technologieentwicklung und -politik sollten sein:

- sozialstaatliche Gestaltungsprinzipien
- Humanisierung der Arbeit
- liberale Grund- und Freiheitsrechte
- Förderung individueller und gesellschaftlicher Emanzipationsprozesse.

5. Die technologische Entwicklung kann zwar an gesellschaftspolitischen Perspektiven ausgerichtet werden. Ein zwingender Zusammenhang in einem sehr engen Sinn besteht nicht. Auch der Steuerungseinfluss des Staates ist beschränkt: Er muss Grenzen setzen (Würde des Menschen), kompensatorisch sein und erwünschte Entwicklungen auslösen.

6. Die wichtigste Aufgabe des Staates besteht darin, die an der Technologiepolitik beteiligten Akteure mit den Kompetenzen auszustatten, die es ihnen ermöglichen, sich kritisch und zugleich aktiv an den Entwicklungsprozessen zu beteiligen. Angesprochen werden fachliche und politische Kompetenzen wie auch die Strukturen der technologiepolitischen Willensbildung.

7. Von den direkten Gestaltungsmöglichkeiten des Staates sind anzusprechen:

- Forschungs- und Technologiepolitik (SNF usw.)
- ETH- und Hochschulpolitik allgemein
- Ressortforschung
- Forschung in den Regiebetrieben

Ergänzende und evaluierende Instrumente stellen dar: Technologiefolgeabschätzungen und Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfungen.

8. Eine bewusste Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Technologieentwicklung beinhaltet:

- Verbote bestimmter Technologien dort, wo grundlegende Werte und Güter gefährdet werden (Würde des Menschen usw.)
- Setzen staatlicher Grenzwerte für menschen- und umweltgerechte Produkte
- Durchsetzung des Verursacherprinzips (vgl. Schweizerhalle)
- Förderung umweltschonender, ressourcensparender und sanft-technologischer Produkte durch gezielte finanzielle Anreize.

9. Die Technologiefrage ist bündnisfähig: einerseits in «grüner» Richtung und andererseits im Hinblick auf bestimmte Segmente des Kapitals. Zu nennen sind: die Klein- und Mittelbetriebe, welche auf dem internationalen Technologiemarkt offensichtlich benachteiligt sind (Rolle der Multis).

Sozialer Wandel und neue Werthaltungen

Für eine Mehrfachstrategie

Von Hanna Muralt

I. Analyse

Der wirtschaftlich-gesellschaftliche Wandel als Herausforderung für die SP.

1. These

Als Folge des andauernden tiefgreifenden wirtschaftlich-gesellschaftlichen Wandels ist die traditionelle Wählerbasis der SP – die Arbeiterschaft – bereits schmaler geworden und schrumpft in Zukunft weiter.

1.1 Seit den sechziger Jahren wuchs wesentlich nur noch der dritte Wirtschaftssektor, der Dienstleistungssektor (1985: 55% der Beschäftigten); der zweite, der industriell-gewerbliche, ging trotz einzelner Wachstumsbranchen gesamthaft zurück (1985: nur noch 39% der Beschäftigten). Gleichzeitig werden sich die Arbeitsplätze im zweiten und dritten Sektor immer ähnlicher:

Computerterminals in der computerunterstützten Produktion und im computerisierten Dienstleistungsbereich! Die zahlreichen ausländischen Arbeitskräfte, welche die weniger qualifizierten und schlechter entlöhnten Arbeiten im zweiten wie auch im dritten Sektor verrichten, sind zudem weder stimm- noch wahlberechtigt.

1.2 Der traditionelle «Facharbeiter» verschwindet, dessen ty-